

https://farid.ps/articles/when_law_fails_family_fear_and_the_roots_of_oct_7/de.html

Wenn das Gesetz versagt: Familie, Angst und die Wurzeln des 7. Oktober

Stand 9. Juli 2025 ist der israelisch-palästinensische Konflikt ein düsteres Zeugnis der Folgen von Straflosigkeit des Staates und internationaler Lähmung. In diesem Vakuum der Verantwortlichkeit sind verzweifelte Handlungen entstanden – Handlungen, die nicht nur von Ideologie, sondern vom ursprünglichen Instinkt, die Familie zu schützen, angetrieben werden. Israels weitverbreiteter Einsatz administrativer Haft, geprägt von dokumentierter Folter und Kindesmisshandlung, verstößt direkt gegen internationales Recht. Dennoch hat die internationale Gemeinschaft wenig unternommen, um dies zu stoppen. Dieser Essay argumentiert, dass die Entführungen vom 7. Oktober 2023 – als 251 Personen nach Gaza gebracht wurden – keine willkürlichen Gräueltaten waren, sondern ein vorhersehbares Ergebnis systemischer Ungerechtigkeit. Sie entsprangen einer psychologischen und politischen Realität, in der das Gesetz keinen Schutz bot und Verzweiflung zur Waffe wurde.

Obwohl diese außerrechtlichen Handlungen nicht gebilligt werden, erfordert das Verständnis ihrer Wurzeln eine Untersuchung des gesamten Kontexts: ein Rechtssystem, das darauf ausgelegt ist, zu unterdrücken, eine internationale Gemeinschaft, die nicht eingreifen will, und ein universeller elterlicher Instinkt, der durch massenhafte Inhaftierung und Misshandlung ausgelöst wird. Wie im Film *Executive Target* von 1997 dramatisiert, in dem ein Mann gezwungen wird, an einem terroristischen Komplott teilzunehmen, um seine Frau zu retten, übertrumpft die Bedrohung von Angehörigen die konventionelle Moral. Wenn institutionelle Gerechtigkeit versagt, wird dieser Instinkt sowohl zur Erklärung als auch zur Warnung.

Israels Rechtsverstöße: Haft als kollektive Bestrafung

Seit Jahrzehnten unterhält Israel ein Regime administrativer Haft, das die Inhaftierung von Palästinensern ohne Anklage oder Prozess erlaubt, oft für unbestimmte Zeiträume und basierend auf geheimen Beweisen. Diese seit 1967 bestehenden Praktiken sind klare Verstöße gegen die Vierte Genfer Konvention (Artikel 64–66) und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Artikel 9 und 14).

Mitte 2024 befanden sich über 9.500 Palästinenser in israelischer Haft, wobei seit Oktober 2023 mindestens 53 Todesfälle in Haft gemeldet wurden – viele davon mit Folter in Verbindung gebracht, laut Amnesty International. Kinder ab 14 Jahren wurden sexueller Demütigung, Schlägen und psychischer Misshandlung ausgesetzt. Dies sind keine isolierten Exzesse; sie sind Merkmale eines systematischen Apparats, der die Haft gegen eine gesamte Bevölkerung als Waffe einsetzt.

Diese Strategie der Nötigung, Unterdrückung und Kontrolle ähnelt der Geiselnahme, wie sie in der Internationalen Konvention gegen die Geiselnahme von 1979 definiert ist. Mit ei-

ner Verurteilungsrate von 99,7 % bei Militärgerichten ist rechtliche Abhilfe eine Fiktion. In diesem Kontext werden palästinensische Familien nicht vom Gesetz geschützt – sie werden davon verfolgt. Das rechtliche Rahmenwerk selbst ist zu einem Mechanismus der Beherrschung geworden, was historische Fälle widerspiegelt, in denen staatliches Recht genutzt wurde, um Gräueltaten zu rechtfertigen, bis es durch äußere Kräfte herausgefordert wurde.

Internationale Komplizenschaft: Versagen beim Schutz

Trotz umfassender Dokumentation durch UN-Gremien, Menschenrechtsorganisationen und internationale Beobachter hat die Welt versagt, zu handeln. Es wurden keine bedeutenden Sanktionen, internationale Strafverfolgungen oder diplomatischen Maßnahmen ergriffen, um Israel für sein Haftregime zur Rechenschaft zu ziehen. Die Verantwortung zum Schutz (R2P), die auf dem UN-Weltgipfel 2005 bekräftigt wurde, verpflichtet die internationale Gemeinschaft, einzutreten, wenn Staaten es versäumen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern. In diesem Fall fehlt jedoch die Durchsetzung.

Die zwischen 2023 und 2025 durch Waffenstillstände vermittelten Gefangenenaustausche – insbesondere die Freilassung von 135 Inhaftierten – zeigen, dass politischer Wille Ergebnisse verändern kann. Doch diese Momente waren seltene Ausnahmen von einer Norm der Gleichgültigkeit. Wie in den Debatten der UN-Generalversammlung 2025 erneut bestätigt wurde, versagt die Welt bei ihrer Pflicht, R2P aufrechtzuerhalten. In der Zwischenzeit haben die langsam voranschreitenden Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) keine durchsetzbaren Maßnahmen erbracht. Palästinenser bleiben gefangen zwischen einer strafenden Besatzungsmacht und einer internationalen Gemeinschaft, die wegschaut.

Dieses Schweigen ermöglicht Missbrauch. Es erinnert an frühere Versäumnisse der internationalen Gemeinschaft – von Ruanda bis Bosnien – wo rechtliche Normen klar waren, aber der Wille, sie durchzusetzen, fehlte. Wie bei diesen Tragödien fordert die Straflosigkeit, die Israels Haftsystem gewährt wird, eine Abrechnung.

Der Instinkt zu schützen: Gesetzlose Systeme und psychologische Auslöser

Wenn das Gesetz zusammenbricht, übernimmt der Instinkt. Der Drang, die eigenen Kinder zu schützen, ist einer der stärksten menschlichen Impulse, evolutionär fest verdrahtet. Forschung, die 2024 in *Nature Reviews Psychology* veröffentlicht wurde, zeigt, dass elterliche Investitionen biologisch mit Überlebensstrategien über Arten hinweg verbunden sind. Bedrohungen für Kinder lösen tiefe neurologische Reaktionen aus – Angst, Aggression, Verzweiflung – insbesondere, wenn diese Bedrohungen konstant und ungelöst sind.

Eine Studie von 2023 im *Journal of Traumatic Stress* unterstreicht diesen Zusammenhang weiter und zeigt, wie kollektives Trauma und Hilflosigkeit reaktive Aggression verstärken. Der HubPages-Artikel „Instinkt – Werden wir mit einem Schutzinstinkt geboren?“ (aktuali-

siert 2024) vergleicht dies mit einem „Mama-Bär“-Reflex, einem universellen Phänomen, das soziale und rechtliche Normen übertrumpft, wenn Angehörige in Gefahr sind.

Diese Realität wird in *Executive Target* (1997) dramatisiert, in dem ein Stuntfahrer gezwungen wird, an einem Entführungskomplott teilzunehmen, nachdem seine Frau als Geisel genommen wurde. Die Bedrohung eines Familienmitglieds zwingt ihn zu Handlungen, die er sonst nie in Betracht ziehen würde. Diese Erzählung, obwohl fiktiv, spiegelt die gelebte Realität vieler palästinensischer Familien wider. Mit über 9.500 inhaftierten Personen – einschließlich Kindern – leben palästinensische Gemeinschaften unter der ständigen Angst vor Verlust, Misshandlung und Tod.

In einer solchen Umgebung wird der Drang, Vergeltung zu üben, Geiseln gegen Geiseln auszutauschen, nicht nur rational, sondern unvermeidlich. Der Gefangenenaustausch von 2011 – 1.027 Palästinenser gegen einen israelischen Gefangenen – zeigte, dass außerrechtlicher Druck Ergebnisse liefert. In Abwesenheit von Gerechtigkeit wird Verzweiflung zur Strategie. Der 7. Oktober 2023 muss in diesem Licht verstanden werden: ein verzweifelter Akt, geformt durch systematische Haft, internationale Aufgabe und den überwältigenden Instinkt, die Eigenen zu schützen.

Die Heuchelei selektiver Empörung

Die Verurteilung außerrechtlicher Reaktionen, ohne die Missbräuche zu konfrontieren, die sie hervorrufen, ist nicht nur heuchlerisch – sie ist gefährlich. Sie erhält einen moralischen Doppelstandard aufrecht, bei dem staatliche Gewalt legal und unsichtbar ist, während reaktive Gewalt kriminell und verurteilt wird. Dieses Ungleichgewicht untergräbt die Legitimität des internationalen Rechts selbst.

Die Logik ist einfach: Wenn Institutionen, die mit der Durchsetzung von Gerechtigkeit vertraut sind, versagen, werden die Menschen andere Mittel finden. So wie der Protagonist in *Executive Target* illegale Handlungen wählt, wenn niemand seine Frau rettet, handeln unterdrückte Gemeinschaften, wenn ihre Familien ins Visier genommen werden und keine Möglichkeit zur Wiedergutmachung bleibt. Dies ist keine Rechtfertigung – es ist eine Diagnose der Ursache.

Die Geschichte lehrt, dass echte Verantwortlichkeit Systeme und nicht Symptome ins Visier nimmt. Die Nürnberger Prozesse begannen nicht damit, verzweifelten deutschen Bürgern die Schuld zu geben; sie demonstrierten die Strukturen der Straflosigkeit. Um den Kreislauf der Gewalt in Palästina zu beenden, muss die internationale Gemeinschaft die Wurzel angehen: die systematischen Verstöße durch Israel und seinen militärisch-rechtlichen Apparat.

Schlussfolgerung: Beendet den Missbrauch, oder erwartet die Verzweifelten

Israels administratives Haftsystem, aufgebaut auf rechtlichem Vorwand und durch Gewalt aufrechterhalten, stellt einen groben Verstoß gegen internationales Recht dar. Das fortge-

setzte Versagen der internationalen Gemeinschaft, ihre eigenen Menschenrechtsstandards durchzusetzen – durch R2P oder ICC-Mandate – hat ein Vakuum geschaffen, in dem der Instinkt, die Familie zu schützen, zu einer politischen Waffe wird.

Der 7. Oktober war nicht unvermeidlich, aber er war vorhersehbar. Wenn rechtliche Systeme zusammenbrechen, bleiben die ältesten Instinkte bestehen. Anstatt die Verzweifelten zu verurteilen, während die Mächtigen geschützt werden, muss die Welt die strukturellen Ungerechtigkeiten im Herzen dieses Konflikts konfrontieren.

Das Beenden des israelischen Haftregimes, die Durchsetzung internationaler Verantwortlichkeit und die Wiederherstellung des Vertrauens in das Gesetz sind nicht nur rechtliche Notwendigkeiten – sie sind der einzige Weg, zukünftige Verzweiflung zu verhindern. Bis dies geschieht, wird der Kreislauf von Straflosigkeit und reaktiver Gewalt anhalten, angetrieben von Angst, Trauma und dem beständigen Instinkt, das zu schützen, was am meisten zählt.